

## Verjüngungskur für Genf

1,5 Milliarden investieren

**ipk. Genf** · Die Attraktivität des Standortes «Genève internationale» soll erhalten bleiben. Dafür sollen in den kommenden zehn Jahren ein grosser Teil des Immobilienparks der internationalen Organisationen renoviert und verschiedene neue Gebäude errichtet werden. Nach Einschätzung des Schweizer Botschafters bei den Vereinten Nationen in Genf, Alexandre Fasel, und des Genfer Staatsrates François Longchamp sind dafür Mittel im Umfang von insgesamt 1,5 Milliarden Franken notwendig. Ein grosser Teil dieser Mittel soll von den betreffenden Organisationen selbst beschafft werden.

Die grössten Kosten werden für die Renovation des Uno-Sitzes anfallen. Die Kosten für Renovation und Sanierung des Uno-Gebäudes werden auf etwa 620 Millionen Franken geschätzt. Die Kosten sollen von den Uno-Mitgliedstaaten proportional zu ihren regulären Beitragszahlungen an die Uno übernommen werden. Um die Renovationsarbeiten in Gang zu bringen, hat die Schweiz bereits einen Beitrag von 50 Millionen Franken gesprochen, der für die energietechnische Sanierung des historischen Gebäudes eingesetzt werden soll.

Weitere grosse Brocken stellen die geplante Renovation des Sitzes der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die Errichtung eines neuen WHO-Gebäudes, die Renovation des Sitzes der Internationalen Arbeitsorganisation und der Abriss und Neubau des Sitzes der Internationalen Fernmeldeunion dar. Weitere grosse Ausgabeposten sind zudem der geplante Bau der Tour des Feuillantines, eines neuen Uno-Verwaltungsgebäudes in unmittelbarer Nähe der Place des Nations, der Campus Santé und die Erstellung eines neuen Plenarsaals im Cern. In der Tour des Feuillantines sollen neben dem Uno-Archiv und Uno-Büros auch andere internationale Organisationen Büroräumlichkeiten erhalten. Im Campus Santé sollen der Global Fund und andere im Gesundheitsbereich tätige Organisationen untergebracht werden.

Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten, der Genfer Staatsrat und die Fondation des immeubles pour les organisations internationales gehen davon aus, dass die betreffenden Organisationen einen Teil der Mittel für die Neubauten und Renovationen über Zahlungen der Mitgliedsländer oder eine bessere Nutzung der ihnen zur Verfügung stehenden Landflächen werden beschaffen können. Organisationen, die ihre Landparzellen besitzen, sollen auf diesen zusätzliche Büroräumlichkeiten oder Wohnraum errichten dürfen.

## St. Gallen bohrt nach heissem Wasser

Start des Geothermie-Projekts

**ku.** · Mit dem Kommando «Meissel frei» hat am Montagmorgen um sieben nach sieben die Bohrung nach heissem Wasser in St. Gallen begonnen. Das bisher grösste hydrothermale Geothermie-Projekt der Schweiz soll, so die Hoffnung, dereinst die Hälfte der St. Galler Häuser mittels Fernwärme umweltfreundlich heizen und ausserdem Strom für 2000 bis 3000 Haushalte liefern.

2010 hatte das St. Galler Stimmvolk einen Rahmenkredit von 159 Millionen Franken mit 83 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen. In rund vier Monaten werden nun erste Resultate erwartet. Fallen die Bohrungen positiv aus und lässt sich aus voraussichtlich 4500 Metern Tiefe genügend 150- bis 170-gradiger Wasserdampf fördern, könnte sich im Raum St. Gallen - Oberthurgau ein Geothermie-Boom mit bis zu zehn Kraftwerken entwickeln. Vorerst gräbt sich im St. Galler Sittertobel der Bohrer pro Tag rund 50 Meter in den Untergrund. Bei 1000 Metern soll der Winkler Bohrer angepasst und in einer Schräge von 20,5 Grad weitergeführt werden.

# Von der Strasse für die Strasse

Autolobby lanciert «Milchkuh-Initiative» zum Genfer Autosalon

In Genf ist die «Milchkuh-Initiative» lanciert worden. Sie will, dass Steuern und Abgaben des motorisierten Verkehrs nur der Strasse zugutekommen. Die bisherige Finanzierungshilfe für den öffentlichen Verkehr wollen die Initianten indes beibehalten.

Walter Hagenbüchle, Genf

Die halbe Million Besucher des ab Donnerstag geöffneten Automobilsalons in Genf dürften stimmberechtigte Schweizer sein. Dieses Potenzial will Auto Schweiz – die Vereinigung der Automobil- und Nutzfahrzeug-Importeure – nutzen, um Unterschriftenbögen für ihre Volksinitiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung» zu füllen. Die am Montag lancierte «Milchkuh-Initiative» will das Verursacherprinzip durchsetzen: Steuern, Gebühren und Abgaben der Strassenbenutzer sollen künftig voll der Strasse zugutekommen.

Nichts mehr in Bundeskasse

Dazu bedarf es einer Änderung von Artikel 86 der Bundesverfassung, der

auch die Verbrauchssteuer auf Treibstoffen regelt. Heute fliesst jährlich gut die Hälfte der Einnahmen aus der Mineralöl-Grundsteuer in die allgemeine Bundeskasse. Neu soll der gesamte Reinertrag daraus in den Strassenverkehr investiert werden. Zudem will die Initiative die demokratischen Mitwirkungsrechte stärken: Die Einführung oder Erhöhung von Steuern, Abgaben oder Gebühren im Bereich des Strassenverkehrs soll dem fakultativen Referendum unterstehen.

Getragen wird das Begehren von einem breit abgestützten, überparteilichen Komitee und von Verbands-Schwergezeiten wie dem Gewerbeverband, dem Dachverband Handel Schweiz, der Erdöl-Vereinigung und dem Autogewerbeverband. Optisch orchestriert wird die Initiative durch ein peppiges Signet mit einer Kuh auf vier Rädern über einem Milcheimer. «Es gibt niemanden, der in der Schweiz so ungeniert gemolken wird wie die Autofahrer», erklärte Max Nötzli, Präsident von Auto Schweiz. Die Strassenbenutzer würden immer mehr geschröpft und steckten doch immer häufiger in Staus. Gemäss «Strasse Schweiz» belaufen sich die gesamten Fiskalleistungen des Strassenverkehrs auf gegen 10 Milliarden

Franken pro Jahr – ohne die Einnahmen der Kantone in diesem Bereich. Davon aber stünden nur gerade 2,9 Milliarden Franken der Strasse zweckgebunden zur Verfügung, also unter 30 Prozent.

Verteilkampf Strasse - Schiene

Mit diesem Begehren dürfte ein Verteilungskampf um die Gelder für Strasse und Schiene lanciert werden. Laut Nötzli wird vor allem der Plan des Bundesrats, parallel zum Fonds für den öffentlichen Verkehr einen solchen für die Strasse zu schaffen, die Debatte anheizen. Anders als beim geplanten Bahnfonds seien für den Strassenfonds keine automatischen Einnahmen vorgesehen.

Gemäss Nötzli wollen die Initianten nicht aus dem Pakt zur Mitfinanzierung der Schiene aussteigen. Die rund 900 Millionen, die heute jedes Jahr aus der Strassenkasse für öffentlichen und kombinierten Verkehr abgezweigt werden, sollen unangetastet bleiben. Nötzli weist darauf, dass nach Annahme der Initiative der allgemeinen Bundeskasse mit einem Schlag rund 1,5 Milliarden fehlen würden, die bisher allein von den Autofahrern beigesteuert worden seien. Das wäre dann konsequent durchgesetztes Verursacherprinzip.



Klotzen, nicht kleckern: Die Auto-Importeure wollen kein Strassengeld mehr in die Bundeskasse abgeben.

CHRISTIAN BEUTLER / NZZ

## Die Seelsorge in der Sparschraube

Der Kanton Schaffhausen diskutiert über sein Entlastungspaket und kürzt die Kürzungen

Die Schaffhauser Regierung ist mit ihren Vorschlägen vorerst gescheitert, bei den Kirchen und beim Musikunterricht zu sparen. Der Kantonsrat hat beantragte Beitragskürzungen verworfen oder abgeschwächt.

Jörg Kruppenacher, Schaffhausen

Entlastungspakete scheinen derzeit für manche Kantone unausweichlich, um die Haushalte ausgeglichen gestalten und Steuererhöhungen vermeiden zu können. Strittig ist jeweils, wie und wo konkret gespart werden soll. In Schaffhausen war der Kantonsrat im Grundsatz auf das jüngste, von der Regierung geschnürte Entlastungspaket in Höhe von rund 25 Millionen Franken eingetreten. Am Montag folgte nun die Detailberatung über jene Sparvorschläge, die in der Kompetenz des Rates liegen und Gesetzesänderungen nötig machen. Dabei zeigte sich, dass heilige Kühe nur schwerlich anzutasten sind.

Zur Grundsatzdiskussion geriet insbesondere die Frage, ob und wie weit die Beiträge an die Landeskirchen reduziert werden dürfen. Die Regierung hatte, ohne die Kirchen zu konsultieren, eine Beitragskürzung von 4,1 Millionen auf 3,1 Millionen Franken vorgeschlagen. Dafür musste sie im Kantonsrat herbe Kritik einstecken, von linker wie auch von bürgerlicher Seite. Die pauschale regierungsrätliche Begründung, die Leistungen der Landeskirchen seien «aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung» ja ohnehin zurückgegangen, wurde als «sehr dürftig» und wenig nachvollziehbar kritisiert, zumal die Landeskirchen in Schaffhausen auch für die Seelsorge in den Spitälern und im kantonalen Gefängnis zuständig sind.

Anderseits hielt eine Mehrheit der SVP fest, dass die Glaubwürdigkeit der Kirche Schaden genommen habe und es nicht mehr einzusehen sei, «dass der Steuerzahler für die wenigen, die noch in die Kirche gehen, tief in die Tasche greifen muss». Die Kirchen hätten sich vielmehr nach der effektiven Nachfrage auszurichten.

Die Vorstellung, dass die Sparschraube nun bei der Seelsorge anzogen werde, löste indes bei den meisten Ratsmitgliedern Unbehagen aus. Eine solche Diskussion sei unwürdig, die Kirchen würden «zur Schau gestellt». Entsprechend chancenlos blieb der SVP-Antrag auf eine weitergehende Kürzung der Kirchenbeiträge, und mit 28 zu 23 Stimmen entschied der Kantonsrat in erster Lesung, die Beiträge an die Landeskirchen statt um eine Million nur um 400 000 Franken zu reduzieren.

Gänzlich zurückgewiesen wurde der regierungsrätliche Vorschlag, die Beiträge an die Schaffhauser Musikschulen um 25 Prozent oder jährlich 275 000 Franken zu kürzen. Mit 32 zu 20 Stimmen wandte sich der Rat gegen eine entsprechende Erhöhung der Elternbeiträge; Kürzungen im Bildungsbereich seien nicht opportun. In einem letzten Punkt war der Kantonsrat dann doch noch zu einer Kürzung bereit: Künftig werden keine Beiträge mehr an Zahnregulierungen geleistet; im Einzelfall sind dies rund 195 Franken. Der Kanton spart dadurch 70 000 Franken.

## HERAUSGEGRIFFEN Lohnungleichheit ernst nehmen

**Katharina Fontana** · Als Frau sieht man dem 8. März, dem Internationalen Tag der Frau, mit gemischten Gefühlen entgegen. Das hat zum einen mit den Aktivitäten zu tun, mit denen der Tag regelmässig begangen wird: Trillerpfeifen-Konzerte, Luftballon-Happenings und Auftritte von Politikerinnen in bekenntnishaftem Pink sind nicht jeder Frau Sache. Zum andern sind es die Klagen über angebliche Benachteiligungen, die man nicht teilen kann. Frauen behaupten sich beruflich wie privat und sind den Männern gegenüber rechtlich gleichgestellt, zum Teil gar privilegiert.

Ein Bereich, in dem es mit der praktischen Gleichstellung dagegen offenbar immer noch hapert, sind die Löhne. Zwar gehen die Meinungen darüber auseinander, wie gross der Rückstand der Frauen auf die Männer beim Einkommen effektiv ist. Gemäss neusten Erhebungen liegt er bei rund 18 Prozent. Davon lässt sich ein Teil durch Ausbildung oder Hierarchiestufe erklären – für den Rest hingegen gibt es keine direkte Begründung. Die Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern durchzusetzen, ist das Ziel einer Frauenallianz, die am Montag vor die Medien getreten ist. Mit ihrer breiten Zusammensetzung – ihr gehören Vertreterinnen der Grünen, der SP, CVP, Grünliberalen, BDP und FDP an, verstärkt durch Gewerkschafterinnen und Geschäftsfrauen – macht die Allianz klar, dass die Forderung von gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit nicht ein rechtes oder linkes Anliegen ist, sondern vom Gesetz verlangt ist und eine Selbstverständlichkeit sein sollte.

Wie an der Medienkonferenz deutlich wurde, scheint den Frauen, auch den eher liberal eingestellten, in dieser Angelegenheit langsam die Geduld auszugehen. Da das Problem hartnäckig zu sein scheint und die Arbeitgeber gesamthaft gesehen wenig Willen zeigen, den Verdacht der Diskriminierung auszuräumen, wird auch vonseiten bürgerlicher Frauen zunehmend mit neuen obrigkeitlichen Massnahmen geliebäugelt. So hat eine Nationalratskommission letztes Jahr einem Vorstoss zugestimmt, der eine «Kommission für Lohnungleichheit» fordert. Dieses Signal sollte von den Arbeitgebern gehört und ernst genommen werden. Andernfalls ist zu befürchten, dass in den Firmen in Bälde staatliche Lohnkontrollreue die Runde machen werden.

## Mehr Frauen mit Hochschulabschluss

Männer im Hintertreffen

**Mue.** · In der Kohorte der 25- bis 34-Jährigen gibt es in der Schweiz inzwischen mehr Frauen als Männer mit einem Hochschulabschluss. Das geht aus Zahlen des Bundesamts für Statistik zur Gleichstellung von Frau und Mann hervor. Während 2011 mehr als 31 Prozent der Frauen im Alter zwischen 25 und 34 Jahren einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss besaßen, belief sich der Anteil unter den Männern auf 29,8 Prozent. Damit hat das weibliche Geschlecht innerhalb von drei Jahrzehnten immens aufgeholt. In der Kohorte der heute 55- bis 64-Jährigen hatten 2011 nur 13,3 Prozent der Frauen einen Hochschulabschluss, während der Anteil unter den Männern sich auf 22,3 Prozent belaufen hatte. Im Gleichschritt mit dieser Entwicklung hat die Zahl an Frauen, die nur einen obligatorischen Schulabschluss haben, abgenommen: Unter den 55- bis 64-Jährigen lag der Anteil 2011 noch bei 25,1 Prozent. Im Vergleich dazu belief er sich bei den Frauen im Alter zwischen 25 und 34 Jahren auf 11,7 Prozent. Dagegen hatte jeder zehnte 25- bis 34-jährige Mann einen obligatorischen Schulabschluss. In einem Punkt sind sich die Frauen treu geblieben. Sie favorisieren immer noch Berufsausbildungen und Studiengänge des Gesundheitswesens, der Sozialwissenschaften sowie des Lehramts.